



Landesteilhabebeirat Am Markt 20 28195 Bremen

Vorsitzender
Arne Frankenstein
Stellvertreterin
Birgit Meierdiercks
Stellvertreter
Lars Müller

Geschäftsstelle:
Landesteilhabebeirat
Bremische Bürgerschaft
Börsenhof A
28195 Bremen
Tel. (0421) 361-18181
E-Mail: office@landesteilhabebeirat.bremen.de
Bremen, 04. Februar 2021

27. Sitzung des Landes-Teilhabebeirats am 04. Februar 2021

Dauer: 15:00 - 18:15 Uhr

Ort: zoom Videokonferenz

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen genehmigt.

TOP 2: Arbeit des Landesteilhabebeirats - Rückblick und Ausblick

Der Vorsitzende berichtet mit Blick auf das Jahr 2020 von Stellungnahmen unter anderem zum Konzept zur stufenweisen Öffnung der Werkstätten für behinderte Menschen, zur Berufsorientierung sowie der gemeinsamen Pressemitteilung des Landesteilhabebeirat und des Inklusionsbeirat Bremerhaven bzgl. mehr Verständnis für Ausnahmen für behinderte Menschen bei der Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung. Des Weiteren haben sich die Vertreterinnen und Vertreter des Beirats weiterhin an der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Land Bremen beteiligt.

Im Jahr 2021 muss sich der Landesteilhabebeirat aus Sicht des Vorsitzenden weiterhin aktiv für eine Teilhabe behinderter Menschen während der Pandemie einsetzen. Darüber hinaus werden die Vertreterinnen und Vertreter behinderter Menschen in der Vertragskommission zum Bundesteilhabegesetz verstärkt eigene Ideen einbringen. Ferner wird ein großes Augenmerk des Beirats auf der Fortschreibung des Landesaktionsplans liegen. Nach Meinung des Vorsitzenden wurden viele interessante Vorschläge für den kommenden Plan eingereicht. Nun steht die Verwaltung in der Pflicht, den Fortschreibungsprozess gut mit den vielen Beteiligten zu gestalten und zu konkreten Ergebnissen zu führen.

TOP 3: Fortschreibung des Landesaktionsplans

Allgemeine Fragen werden eingangs mit einem YouTube-Video beantwortet.

<https://www.youtube.com/watch?v=kT5YprXzWg0&feature=youtu.be>

Durch den Focal Point wird der Zeitplan sowie Ablauf der AG-Sitzungen ab März 2021 vorgestellt (siehe Anlage). Die Arbeitsgruppen tagen als Hybrid-Veranstaltung, um durch die Pandemie nicht weiter maßgeblich im Prozess unterbrochen zu werden. Veranstaltungsort ist die etage. Es handelt

sich um einen barrierefreien Tagungsraum. Vor Ort wird es Kapazitätsbeschränkungen geben. Diese werden mit der Einladung bekannt gegeben. Danach folgt die Vorstellung der Ansprechpersonen der einzelnen Arbeitsgruppen sowie von diesen eine erste Rückmeldung zu den eingereichten Maßnahmenvorschlägen:

AG Schutz der Persönlichkeitsrechte, Familie und Partnerschaft

Zwei Schwerpunkte:

- Schutz vor Gewalt und Prävention /Familie, Partnerschaft, Sexualität (Frau Ladewig-Makosch und Frau Kemme)
- Betreuungsrechtliche und gerichtliche Anforderungen (Frau Utermark und Frau Walecki)
Schutz der Persönlichkeitsrechte / Familie und Partnerschaft

Es gibt 42 Maßnahmenvorschläge unter anderem zu den Themen Anti-Diskriminierung, Recht auf selbstbestimmte Sexualität, barrierefreier Zugang zu Beratungs- und Schutzsystemen, Empowerment, Unterstützte Entscheidungsfindung sowie Zugang zum Recht.

AG Information und Kommunikation

Frau Sommer berichtet, dass die AG insgesamt durch sechs Personen verwaltungsseitig bearbeitet wird. 42 Vorschläge wurden eingereicht. Es lassen sich drei Schwerpunkte erkennen:

- Barrierefreier Zugang zu Medien
- Information von Politik und Verwaltung
- Politische Partizipation

Kontakte hat die AG bereits zur bremischen Landesmedienanstalt und zu Behindertenverbänden geknüpft. Weitere Kontakte sind unter anderem mit Parteien und der Bürgerschaft geplant.

AG Kultur, Freizeit und Sport

Herr Stahn berichtet für den Bereich Kultur und Freizeit von folgenden Schwerpunktthemen bei den eingereichten Vorschlägen:

- Zugänglichkeit für Rollstuhlnutzerinnen und Rollstuhlnutzer
- Verbessertes Zugang und Teilhabe für hör- und sehbehinderte Menschen in Kultureinrichtungen
- Zugang für Menschen mit geringen Einkommen (Prüfung Hamburger Kulturschlüssel)
- Verstärkte inklusive Förderung
- Angebot von barrierefreie Internetseiten

Für den Bereich Sport ergänzt Herr Zeyfang die Themen:

- Sensibilisierung im organisierten Sport
- Zugänglichkeit zu Sportstätten

AG Gesundheit und Pflege

Herr Utschakowski berichtet von ca. 60 Maßnahmenvorschläge für die Bereiche Zugänglichkeit (räumlich, sprachlich), Menschen mit geistiger und psychischer Behinderung (Doppeldiagnose), Weiterentwicklung der Psychiatrie, Verstärkung des Angebots der Genesungsbegleitenden.

AG Arbeit und Beschäftigung

Herr Priesmeier berichtet von 53 Maßnahmenvorschläge. Es kristallisieren sich als Themenschwerpunkte:

- Beschäftigung auf dem 1. Arbeitsmarkt
- Beschäftigung in Werkstätten, Tagesförderstätten
- Beschäftigung im öffentlichen Dienst
- Häufig sind die Übergänge das Thema, zum Beispiel von der Werkstatt in den Arbeitsmarkt

AG Erziehung, Bildung & Wissenschaft

Frau Wittenberg erläutert zu Beginn, dass 48 neue Maßnahmenvorschläge sowie 44 alte Maßnahmenvorschläge vorliegen, welche nun bearbeitet werden.

Beispiel an eingereichte Themen für den Bereich Schule: Gebärdensprache in Schulen, Berufliche Orientierung / Bildung, Einbindung von Behindertenverbänden bei Entscheidungen im Bildungsbe-
reich, Definition Qualitätsstandards inklusive Beschulung.

Beispiel an eingereichte Themen für den Bereich Hochschule: Strategische Verankerung von Inklusio-
n in Hochschulen und Beratung und Unterstützungssystem.

Für den Kita-Bereich wurde unter anderem das Erlernen der Gebärdensprache vorgeschlagen.

Ziel der AG: Maßnahmenvorschläge gemeinsam komprimieren und dabei umsetzbar halten.

Auf Nachfrage wird bestätigt, dass auch die Erwachsenenweiterbildung in der Arbeitsgruppe be-
handelt wird. Die Beteiligung der Verwaltung ist sichergestellt.

AG Mobilität / Bauen, Wohnen und selbstbestimmte Lebensführung

Herr Warrlich stellt sich als Nachfolger von Herrn Brüning vor. Insgesamt gibt es 128 neue Maß-
nahmenvorschläge. Man kann diese in folgende Bereiche unterteilen:

- Grundsätze, Koordination, Beschwerdestellen (Normierung von Barrierefreiheit)
- Barrierefreies Bauen
- Barrierefreiheit im Verkehr
- Nutzungskonflikte Öffentlicher Raum
- Städteplanerisch - Wohnungen und Wohnungswesen

Der Focal Point berichtet abschließend, dass eingereichte Maßnahmenvorschläge zu Querschnitts-
themen jeweils einer AG zugeordnet wurden. Auf der Homepage sind diese aber weiterhin auch
zusammengefasst zu finden.

TOP 4: Corona-Pandemie

Zu dem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende Frau Lange als Ansprechpartnerin für vul-
nerable Gruppen im Krisenstab des Gesundheitsressorts sowie Frau Kemme als Leiterin des Steu-
erungskreis Corona SGB IX.

Unter anderem im Hinblick auf jüngere Menschen, die aufgrund von Erkrankungen ein erhöhtes Ri-
siko eines schweren Verlaufs haben, hat Bremen eine sogenannte Impfkommision eingerichtet.
Diese soll darüber entscheiden, ob jemand vorzeitig geimpft wird. Die Kommission bewertet aus-
schließlich medizinische Faktoren und ist an die bestehende Impfverordnung gebunden. Soziale
Aspekte wie ein hoher Bedarf an sozialen Kontakte werden nach dem aktuellen Stand nicht berück-
sichtigt.

Welche Faktoren Entscheiden bei der Vorziehung einzelner Antragssteller?
Prüfung im Rahmen der Impfverordnung. Derzeit über 200 Anträge.

Wie lange dauert es, bis über einen Antrag entschieden wird?
Zeitlich nicht vordefiniert, Ziel ist eine Antwort so schnell wie möglich zu geben.

Was, wenn ein Antrag nicht vollständig ist, würde es eine Rückmeldung geben?
Antragsstellung ist unbürokratisch. Wenn etwas fehlt, wird aktiv nachgefragt.

Können Gehörlose einen Antrag stellen? Kann es eine zentrale Regelung für Gehörlose geben?
Werden derzeit nicht gesondert in der Verordnung aufgeführt. Im Zweifelsfall kann ein Antrag bei
der Kommission gestellt werden.

Muss in Antrag stehen ob man fähig ist zum Impfzentrum zu gehen?
Nein. Dies ist keine Voraussetzung.

Wie sind die Zeitfenster, wann ist wer dran?
Nach der aktuellen Planung wird mit Stufe 2 in den nächsten Wochen begonnen.

Welche Möglichkeiten hat die Impfkommision in Bremen losgelöst vom Robert Koch Institut ganze Per-
sonengruppen zu Priorisieren?

Für die Priorisierung von Gruppen ist die Kommission nicht gedacht. Es geht rein um Einzelfälle

Das Impfzentrum in Bremen wurde von Herrn Frankenstein besichtigt. In Bremerhaven ist Herr Müller vor Ort gewesen. Assistenzhunde dürfen aktuell in Bremerhaven nicht mit in die Impfstraße. Ansonsten gleiches Vorgehen in beiden Städten.

Nachfolgend geht es um die Diskussionen im Steuerungskreis Corona SGB IX in den vergangenen Monaten. Der Umgang mit den Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe war seitens des Gesundheitsamts sowie Gesundheitsressorts nicht immer schlüssig. Durch Intervention des Steuerungskreises konnten gemeinsam tragbare Lösungen nach Auffassung des Sozialressorts erzielt werden.

Im Sommer 2020 stand vor allem die Wiedereröffnung der Werkstätten und Tagesförderstätten im Fokus der Debatten. Gemeinsam mit dem Landesteilhabebeirat hat man sich auf ein Stufenkonzept geeinigt. Der Stand an Rückkehrerinnen und Rückkehrer stellt sich aktuell so dar, dass in den Tagesförderstätten annähernd 100 % der Nutzerinnen und Nutzer ein Angebot erhalten. In den Werkstätten sind derzeit 70 - 80 % der Beschäftigten wieder tätig. Aktuell beginnen Debatten zum Umgang mit den Mutationen. Eine erneute Schließung ist seitens des Ressorts nicht gewünscht. Ferner wird der Einsatz von Schnelltests in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe diskutiert. Nur bei 6 Einrichtungen aus der Eingliederungshilfe liegt aktuell noch kein Schnelltestkonzept vor. Das Ressort wird diesen Einrichtungen nun Unterstützung anbieten.

Auf Nachfrage wird berichtet, dass im Moment eine Testpflicht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur in der Pflege besteht und nicht in der Eingliederungshilfe. Wurde im Steuerungskreis kontrovers diskutiert. Derzeit hat sich das Sozialressort dazu entschieden, in der Eingliederungshilfe auf Beratung, Begleitung und Empfehlungen zu setzen. Jedoch ist festzustellen, dass die Einrichtungen, die bereits aktiv die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter testen, sehr schnell die Vorteile erkannt haben. Auch Besuchende sollen ein freiwilliges Angebot für eine Testung erhalten. Ferner wird auf Nachfrage berichtet, dass durch das Deutsche Rote Kreuz bei jeder zweiten Testung eine Unterstützung erfolgen kann. Damit will man sicherstellen, dass dennoch die Testinfrastruktur in den Einrichtungen vorhanden ist.

Abschließend berichtet Herr Bau für die Werkstätten für behinderte Menschen. Er stellt eingangs noch einmal die aktuellen Anstrengungen der Werkstätten für eine größtmögliche Teilhabe der Beschäftigten vor. Es gibt in einzelnen Betrieben jetzt einen Schichtbetrieb. Die Löhne konnten in 2020 in gleicher Höhe weitergezahlt werden. Für 2021 sieht Herr Bau eine Debatte zu den Steigerungsraten als notwendig an.

Abschließend bekräftigt der Beirat seinen Wunsch, das Angebot der Selbsthilfe während der Pandemie zu stärken. Der Vorsitzende wird diesen Punkt aufgreifen und sich zeitnah gemeinsam mit dem Netzwerk Selbsthilfe an das Gesundheitsressort wenden. Frau Lange berichtet, dass Treffen von Selbsthilfegruppen bislang nicht verboten sind. Dies soll nach Auffassung des Beirats so bleiben.

TOP 5: Informationsaustausch - was bewegt die stimmberechtigten Mitglieder?

Der Tagesordnungspunkt wird verschoben.